

DOI: 10.5771/0342-300X-2023-6-415

Die EU – eine geostrategische Macht im Werden?

Strategien und Initiativen zur Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten

Industrie- und infrastrukturpolitische Konzepte gewinnen in der EU unbestritten an Bedeutung. Ein wichtiger Grund hierfür ist die intensivierte Konkurrenz mit China und den USA, ein anderer die wiederholte Störung, zumindest Prekarität transnationaler Wertschöpfungsketten. Die Aktivitäten der EU sind dabei nicht nur auf den europäischen Wirtschaftsraum bezogen, sondern weisen über diesen hinaus. Sie werden vermehrt geökonomisch „aufgeladen“.¹

HANS-JÜRGEN BIELING

1 Prekäre Globalisierung

Eigentlich ist die Erkenntnis nicht vollkommen neu; und eigentlich hat man es schon länger gewusst: Die Globalisierung ist weniger robust, als in der öffentlichen Diskussion unterstellt wurde. Mehr noch, sie ist höchst anfällig für Störungen unterschiedlichster Art. Erinnert sei an die globale Finanzkrise von 2007/2008, in Folge derer die grenzüberschreitende Verflechtung der Kreditmärkte deutlich zurückgefahren wurde; an den Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull, der im Frühjahr 2010 den Flugverkehr in großen Teilen Nord- und Mitteleuropas über Wochen beeinträchtigte; an die Reaktor-katastrophe in Fukushima, durch die 2011 wichtige, in Japan hergestellte elektrotechnische Zulieferkomponenten wegbrachen; an die protektionistische Handelspolitik der USA, die seit 2018 eine Neujustierung der transnationalen Wertschöpfungsketten mit sich brachte; an die Havarie der „Ever Given“ im Frühjahr 2021, die den Suezkanal über sechs Tage blockierte und einen langen Stau wartender Container-Schiffe provozierte; und natürlich an die Covid-19-Pandemie, deren Wellen und Lockdowns nicht nur die Produktion, sondern auch den Transport wichtiger Güter – Solarmodule, Masken oder Beatmungsgeräte – und industrieller Vorprodukte, insbesondere Halbleiter, wiederholt unterbrechen und verzögerten.

Die Globalisierung erscheint somit als kontingent, als vulnerabel, zumindest als nicht gesichert. Die Unsicherheit betrifft die transnationalen Wertschöpfungsketten oder *Global Value Chains* (UNCTAD 2013, S. 122ff.). Die grenzüberschreitende Verknüpfung der unterschiedlichen Wertschöpfungsstufen – von den Rohstoffen über die Weiterverarbeitung bis hin zum Endprodukt und dessen Verkauf – birgt zahlreiche Risiken in sich. Die Unsicherheit speist sich dabei aus den krisenanfälligen Infrastrukturen der transnationalen Kommunikation, Finanzierung und Logistik; und auch aus den handels- und investitions-politischen Übereinkünften und den Verfahren der Standardisierung, die die Globalisierung oft nur unzureichend abstützen. Dies gilt umso mehr, als die strategischen Konzepte der USA und der EU, die in der Vergangenheit die Globalisierung vorangetrieben haben, auseinanderdriften und sich durch das chinesische Projekt einer alternativen Globalisierung herausgefordert sehen (Leonard 2021).

Die Globalisierung wird damit zwischenstaatlich – gesellschaftspolitisch war sie dies ohnehin – kontrovers politisiert. Ein Ausdruck und Katalysator dieser Tendenz ist die Wiederkehr geostrategischer Konzepte und Diskurse.

¹ Ich danke zwei anonymen Gutachter*innen und der Redaktion der WSI Mitteilungen (Gudrun Linne und Claudia Czington) für wichtige Hinweise zur Überarbeitung einer ersten Textfassung.

Um den spezifischen Charakter der räumlichen Kontrollstrategien genauer zu bestimmen, lohnt es sich, die übergreifende Kategorie der Geostrategie zu differenzieren, die zumeist sehr weit gefasst wird (Babić et al. 2022, S. 5). Sie verweist einerseits auf die Geopolitik, also auf jene Prozesse, die im Zeichen einer sicherheits- und bündnispolitisch motivierten Kontrolle entlegener Räume stehen: Landmassen, Meere, Lufträume bis hin zum Weltraum oder Cyberspace. Diese Räume bilden andererseits auch den Referenzpunkt der Geoökonomie. Allerdings geht es bei dieser nicht primär um Fragen der Sicherheits- und Bündnispolitik, sondern um Fragen der wirtschaftlichen Macht. Im Zentrum der Geoökonomie stehen daher Aktivitäten, mit denen der transnationale ökonomische Funktionsraum – z. B. durch stabil organisierte und gut kalkulierbare Märkte, Investitionsbedingungen und Wertschöpfungsketten – gestaltet wird, um die eigene Nationalökonomie und die nationalen Unternehmen zu stärken oder andere Wirtschaftsräume durch Protektionismus und Sanktionen zu schwächen.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob und auf welche Art und Weise sich auch die EU geostrategisch profiliert. Es wird argumentiert, dass die strategischen Erwägungen der EU – ohne die Relevanz anderer Faktoren abstreiten zu wollen – in hohem Maße politökonomisch geprägt sind. Es sind mithin nicht so sehr die klassischen geopolitischen, sondern geoökonomische Strategien, mit denen die EU auf die Prekarität der Globalisierung reagiert. Um dieses Argument zu plausibilisieren, wird nachfolgend zunächst theoretisch und zeitdiagnostisch die neue Aktualität geoökonomischer und geopolitischer Konzeptionen und Strategien skizziert (Abschnitt 2), um auf dieser Grundlage das programmatische Profil der europäischen Geostrategie zu umreißen. Der Blick richtet sich auf die Positionierung der EU in der neuen Triade-Konkurrenz und ihre Prioritäten in den zentralen Handlungsfeldern der Handels-, Industrie- und Infrastrukturpolitik (3). Alle diese Handlungsfelder sind für die Stabilität transnationaler Wertschöpfungsketten von grundlegender Bedeutung. Sie beziehen sich auf den europäischen Wirtschaftsraum, weisen zugleich aber über diesen hinaus und erlangen – in Verbindung mit Konzeptionen einer global orientierten Konnektivität – eine deutliche geoökonomische Ausrichtung (4).

2 Die neue Aktualität geoökonomischer und geopolitischer Konzeptionen und Strategien

Wenn die EU inzwischen für sich reklamiert, als geopolitische und geoökonomische Kraft agieren zu wollen (von der Leyen 2019; ähnlich Borell 2020), verweist dies auf

eine neue Phase der europäischen Entwicklung. Die Annahme einer neuen Phase ist allerdings nicht im Sinne eines Bruchs zu interpretieren. Der diskursive Wandel hat vielmehr einen gewissen Vorlauf. So gab es in Deutschland bereits im Vorfeld des Rücktritts des Bundespräsidenten Horst Köhler eine Debatte darüber, inwiefern die Aufgaben der Bundeswehr um den Schutz der internationalen Handelswege, eine gesicherte Rohstoffversorgung und ungestörte Informations- und Kommunikationssysteme erweitert werden sollten (Bundesministerium der Verteidigung 2006, S. 23). Eingebettet waren diese Debatten in die Entwicklung einer Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die seit 2003 ebenfalls eine engere Verknüpfung von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zielen unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Kapital-, Investitions- und Informationsströme vorsah.

Nicht alles, was in den letzten Jahren diskutiert wird, ist daher vollkommen neu. Es gibt jedoch einige Aspekte, die die Annahme einer neuen Phase als gerechtfertigt erscheinen lassen: So ist inzwischen eine deutlich verschärfte Rivalität innerhalb der globalen Triade-Konkurrenz zwischen den USA, China und der EU erkennbar (Bieling 2019). Zielen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Strategien der USA und der EU noch vornehmlich darauf, die großen Schwellenländer, allen voran China, in eine intensivierte internationale Kooperation einzubinden, so haben sich die Fronten mittlerweile verhärtet. China wird von der EU sehr viel stärker als „Systemrivale“ wahrgenommen (Europäische Kommission 2019, S. 1); und die USA haben sich ganz explizit in eine harte Konfrontation mit China begeben (Hung 2022), die auch durch die Biden-Administration – nun allerdings durch eine engere Kooperation mit verbündeten Kräften in Europa und Asien – fortgesetzt wird (Biden 2020).

Im Zentrum der konfrontativen Haltung gegenüber China steht die intensivierte Konkurrenz im Bereich der High-Tech-Industrien und der hochtechnologischen Infrastrukturen, über die die globalen Wertschöpfungsketten maßgeblich gesteuert werden. So ist es China nicht nur gelungen, hinter einer „großen Firewall“ konkurrenzfähige Konzerne – Huawei, ZTE, Tencent, Baidu, Xiaomi oder Alibaba – aufzubauen. Es treibt diesen Prozess auch weiterhin – gestützt auf die „Made in China 2025“-Strategie, den „China Standards 2035“-Plan und die „Belt and Road-Initiative“ (BRI), die später noch eingehender erläutert werden – industrie- und infrastrukturpolitisch voran (Schmalz et al. 2022). Die USA und die EU versuchen dem dadurch zu begegnen, dass sie die Spielregeln der liberalen Weltwirtschaftsordnung handels- und investitionspolitisch verteidigen, zugleich aber stärker staatsinterventionistisch agieren und eine aktive Industrie- und Infrastrukturpolitik betreiben.

In diesem Kontext haben sich auch die Modalitäten der geopolitischen und geoökonomischen Diskurse verändert. Korrespondierten diese lange mit Vorstellungen einer mehr oder minder diffusen „Versicherheitlichung“

gesellschaftlicher Handlungsfelder, d. h. einer diskursiven Konstruktion existenzieller Bedrohungen, die ihrerseits eine geopolitische oder militärische Strategie erforderlich machten, so wird in den letzten Jahren vermehrt von Prozessen der „Weaponization“ gesprochen (Farrell/Newman 2019). Hierbei handelt es sich um eine besondere Ausprägung der „Versicherheitlichung“; und zwar um eine, in der klar identifizierbare Akteure internationale Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten kontrollieren und versuchen, diese Kontrolle in ihrem Sinne zu nutzen, mehr noch: als Waffe einzusetzen.

Die erhöhte Konfliktintensität zeigt sich in zahlreichen Handlungsfeldern: Internet, Cloud-Systeme, Navigationssysteme, internationaler Zahlungsverkehr, See- und Handelsrouten, Rohstoffe und Wertschöpfungsketten, Energiesysteme etc. Die unterschiedlichen Formen einer grenzüberschreitenden Konnektivität, also die Formen einer sozioökonomischen und soziotechnischen Vernetzung, werden in gewisser Weise „toxisch“ (Leonard 2021). Henry Farrell und Abraham L. Newman (2019, S. 54ff.) begründen dies damit, dass die Globalisierung systematisch Ungleichheiten und Abhängigkeiten generiert. In globalen Netzen bilden sich asymmetrische Machtbeziehungen aus; und zwar in dem Maße, wie die Netze durch zentrale Knoten („hub nodes“) überwacht und kontrolliert werden können. „Weaponization“ setzt dann ein, wenn einige Staaten in der Lage sind, transnationale Infrastrukturen zu vereinnahmen und gegenüber anderen Staaten in Anschlag zu bringen: durch das Sammeln von Informationen, die Überwachung von Kommunikation und die Verfügung über überlegenes Wissen („Panoptikum-Effekt“), oder auch dadurch, dass der Zugang und die Nutzung der Netze erschwert oder verweigert wird („Engpass-Effekt“).

Die „Weaponization“-Diskussion ist für die Zuspitzung der Konflikte in der neuen Triade-Konkurrenz aufschlussreich. Sie verdeutlicht, wie die jüngeren industrie- und infrastrukturpolitischen Initiativen geostrategisch aufgeladen werden. Allerdings bleibt das analytische Potenzial der skizzierten Perspektive begrenzt. Dies liegt unter anderem daran, dass der Staat als ein einheitlicher und autonomer Akteur in Erscheinung tritt. Die Prozesse der staatlichen Transformation und Fragmentierung und damit auch die in und zwischen den Staatsapparaten ausgetragenen Konflikte geraten dadurch kaum in den Blick. Es wird so eine analytische Dimension ausgespart, die insbesondere für die Operationsweise des europäischen Ensembles unterschiedlich profilierter Staatsapparate bedeutsam ist (Wissel 2015; Bieling/Große Hüttmann 2015). Darüber hinaus werden in der „Weaponization“-Perspektive die Beziehungen zwischen Staat und Kapital sehr einfach konzeptualisiert. Wie zwischen den staatlichen Apparaten, so wird auch zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen und deren Interessen kaum differenziert. Ebenso werden zivilgesellschaftliche Akteure – neben den Wirtschaftsverbänden, Think Tanks und Medien etwa auch die Gewerkschaften oder soziale Bewegungen –, die ihrerseits

auf die Arrangements von Staat und Unternehmen, unter Einschluss der ausgehandelten Normen und regulativen Standards, Einfluss nehmen, nicht in die Betrachtung miteinbezogen. Kurzum, die Prozesse der „Weaponization“ geraten primär oder ausschließlich als ein Produkt des Staatshandelns in den Blick (kritisch Babic et al. 2022; Gjesvik 2023).

Um einer solchen konzeptionellen Engführung entgegenzuwirken, sind die widersprüchlichen Dynamiken und die Krisenanfälligkeit der Globalisierung politökonomisch einzubetten. Es drängt sich ein kapitalismustheoretischer Zugriff auf die infrastrukturelle Vernetzung auf, der diese in ihrer raum-zeitlichen Verankerung zu begreifen vermag. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang die von David Harvey (2003, S. 89ff.) entwickelte Konzeption des „spatio-temporal fix“. Die doppelte Bedeutung des englischen Wortes „to fix“ weist darauf hin, dass die politischen Akteure die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus in einem zweifachen Sinne strategisch bearbeiten: Zum einen geht es ihnen darum, die ökonomischen Prozesse räumlich und zeitlich zu „fixieren“, also durch infrastrukturelle Aktivitäten stofflich zu verankern oder einzubetten; und zum anderen dient diese Verankerung oder Einbettung auch dazu, die tendenziell instabile oder ungesicherte kapitalistische Verwertung zu „reparieren“, etwa durch zusätzliche Anreize für profitable Finanzanlagen oder Investitionen. Mit der Konzeption des „spatio-temporal fix“ rückt in den Blick, dass die technologische und infrastrukturelle Modernisierung der Gesellschaft – im internationalen Kontext: die Entwicklung globaler infrastruktureller Kontrollstrategien – nicht allein als das unmittelbare Produkt der staatlichen Geoökonomie und Geopolitik, sondern immer auch als das Ergebnis gesellschaftlicher, in einem erheblichen Maße kapitalistisch geprägter Interessen zu begreifen ist.

3 Politische Ökonomie der EU-Geostrategie: Erwägungen, Kapazitäten und Instrumente

Unter den Bedingungen der beschleunigten Globalisierung seit den 1980er Jahren sind in der geostrategischen Diskussion die geoökonomischen Aspekte in den Vordergrund getreten. In unterschiedlichen Kontexten – der Geld- und Finanzmarktpolitik, den multi- und bilateralen Handels- und Investitionsabkommen und auch in der Industrie- und Infrastrukturpolitik – richtet sich die Aufmerksamkeit darauf, die Wertschöpfungsketten nach Maßgabe eigener geoökonomischer Erwägungen regulativ einzubetten und abzusichern. Darüber, wie die hiermit verbundenen „spatio-temporal fixes“ genau aussehen sollten, gehen die Positionen der einflussreichen Triade-

Mächte jedoch auseinander. Die Neuorientierung der EU steht im Schatten des geostrategischen Konflikts zwischen den USA und China (Hung 2022). Entsprechend werden nachfolgend zunächst die gegensätzlichen Positionen und Aktivitäten dieser beiden Akteure skizziert, bevor sich der Blick auf die EU richtet.

3.1 Die amerikanische und die chinesische Herausforderung

Der geostrategische Konflikt zwischen den USA und China hat sich in der letzten Dekade zugespitzt. Lange hatten die USA gehofft, dass sich China im Zuge seiner wirtschaftlichen Modernisierung öffnen und relativ bruchlos in die Strukturen der liberalen Weltwirtschaftsordnung, die maßgeblich von den USA – in Kooperation mit der EU und Japan – gestaltet worden war, integrieren würde. Tatsächlich wurden von China die Vorgaben der ökonomischen Liberalisierung, etwa im Rahmen der World Trade Organization (WTO), aber nur selektiv befolgt. Doch nicht nur China, auch die USA wussten die liberale Weltordnung in ihrem Sinne zu nutzen. So haben sie den Zugang zum eigenen Binnenmarkt für ausländische Konzerne nicht nur wiederholt als Hebel genutzt, um andere Wirtschaftsräume für US-Konzerne zu öffnen (Scherrer 1999). Sie haben zugleich auch – im Widerspruch zum Leitbild eines globalen *Level Playing Fields*, also gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer – erhebliche finanzielle Ressourcen für die industrie- und technologiepolitische Modernisierung der eigenen Ökonomie eingesetzt (Mazzucato 2014); insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien, die als *dual-use*-Technologien militärisch und zivil nutzbar gemacht worden sind. Auf der Grundlage des US-Dollars, der global wichtigsten Währung, dynamischer Finanzmärkte, global führender Konzerne im Informations- und Kommunikationssektor und einer unbestrittenen militärischen Vorrangstellung waren die USA in der Lage, die für sie zentralen globalen Wertschöpfungsketten zu gestalten. Dies schloss auch die Kontrolle relevanter transnationaler Infrastrukturen mit ein: internationale Handelswege, Energieversorgung, Zahlungsverkehr (SWIFT), Internet-Kommunikation oder mobile Netze.

Einige der US-amerikanischen Aktivitäten sind sicherheitspolitisch motiviert. Darüber hinaus geht es jedoch auch darum, die eigene finanzielle, informationstechnologische – und damit auch militärische – Führungsrolle zu verteidigen. Zumindest perspektivisch wird diese durch die umfassende und recht erfolgreiche Technologie-, Infrastruktur- und Konnektivitätsstrategie Chinas infrage gestellt. Die chinesische Expansion schränkt nicht nur die Reichweite der US-Kontrolle ein. Auch die Ziele und Instrumente der chinesischen Strategie unterscheiden sich von denen der USA und der EU mitunter erheblich. Die zentralen Initiativen stellen sich wie folgt dar (Godehardt 2020): Im Mittelpunkt steht die 2013 von Xi Jinping ver-

kündete Belt and Road Initiative (BRI). Sie bildet gleichsam das Herzstück der chinesischen Konnektivitätsstrategie. Die neuen Transportrouten tragen dazu bei, das chinesische Kapitalismusmodell durch den Außenhandel (Warenexporte und Rohstoffimporte), ausländische Direktinvestitionen, die Diffusion von Medien (Medienhäuser, Think Tanks) und chinesischer Kultur (Konfuzius-Institute, Stipendienprogramme für die Eliten anderer Länder) extern abzusichern und partiell zu verallgemeinern. Flankiert wird die BRI durch weitere Initiativen: erstens durch die Gründung von Entwicklungsbanken – die durch die BRICS-Gruppe initiierte New Development Bank (NDB) und vor allem die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), an der sich auch EU-Staaten beteiligen –, um zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Modernisierung des asiatischen Entwicklungsraumes zu mobilisieren; zweitens durch die Etablierung neuer, zum Teil rivalisierender Standards der grenzüberschreitenden Konnektivität (Rühlig/ten Brink 2021); und drittens durch internationale Handels- und Investitionsabkommen – so etwa ASEAN plus 3, die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) oder auch das vorerst gescheiterte Investitionsabkommen mit der EU –, durch die das chinesische Modell auf die wirtschaftlichen Kooperationspartner ausstrahlt. Gestützt werden diese Initiativen durch ein umfassendes industriepolitisches Programm („China 2025“), das sich auf zehn Schlüsselsektoren – z.B. Raumfahrt, Elektroautos, Halbleiter, Künstliche Intelligenz – konzentriert, ergänzt durch den Plan „China Standards 2035“, um die internationale Anschlussfähigkeit und Nutzbarkeit der eigenen High-Tech-Produkte zu gewähren.

Die USA haben auf die technologie- und infrastrukturpolitische Offensive Chinas unterschiedlich reagiert. Die Obama-Administration versuchte den geoökonomischen Terrain-Gewinn des chinesischen Kapitalismus durch die Trans-Pacific Partnership (TPP), ein Handels- und Investitionsabkommen, das unter US-amerikanischer Führung in den asiatischen Raum hineinwirkt, und durch den sogenannten „Pivot to Asia“, also eine verstärkte politische und militärische Präsenz in Ostasien und im pazifischen Raum, zu begrenzen. Die Trump-Administration gab dann beide Initiativen auf und setzte im Sinne des „America First“-Slogans in erster Linie darauf, die chinesische Entwicklung durch einen veritablen „Handelskrieg“ (Tooze 2018, S. 638f.) und technologiepolitische Kontrollen zu bremsen – etwa den 2018 verabschiedeten Export Control Reform Act, der den Export grundlegender *dual-use*-Technologien unterbindet. Mit Blick auf Handels-, Investitions- und Technologiefragen wurde auch ein sogenannter „Decoupling“, d.h. die Entkopplung US-amerikanisch kontrollierter Wertschöpfungsketten von chinesischer Beteiligung oder gar Einflussnahme, ins Auge gefasst (Capie et al. 2020). Allerdings sind die praktischen Resultate ambivalent. Zum einen stellt sich für zahlreiche US-Unternehmen eine Entkopplung als firmenstrategisch unmöglich oder aber sehr kostspielig dar; und zum anderen hat

China durch eine stärkere Fokussierung auf den eigenen Binnenmarkt seit der Weltfinanzkrise von 2008/09 die Strategie eines exportgetriebenen Wachstums abgeschwächt und sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA partiell befreit.

Die Biden-Administration hat bislang keinen außenwirtschaftspolitischen Kursschwenk eingeleitet. Die Frontstellung gegenüber China bleibt bestehen. Zugleich wird aber der unilaterale Ansatz abgeschwächt und stärker die Zusammenarbeit mit verbündeten Regierungen in Europa und Asien gesucht (Leonard 2021, S. 149f.). Ein erster Ausdruck dieser Bestrebungen sind die Beschlüsse des G7-Gipfels im Juni 2021 in Cornwall, auf dem mit der Initiative „Build Back Better World“ (B3W) – inzwischen umbenannt in Partnership for Global Infrastructure and Investment (PGII) – eine Alternative zur chinesischen Konnektivitätsstrategie präsentiert wurde. Zudem hat der US-Kongress im Herbst 2022 mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein Programm verabschiedet, mit dem zusätzliche Einnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits generiert und zugleich 430 Mrd. US-Dollar bereitgestellt werden, um die US-Wirtschaft klimaverträglich umzubauen. In Fortsetzung des Trumpismus ist das Programm insofern protektionistisch ausgerichtet, als nur Innovationen und Produkte, die maßgeblich in den USA entwickelt oder hergestellt werden, in den Genuss der Förderung kommen.

Wie zahlreiche andere Initiativen, so richtet sich auch der IRA vor allem gegen China, wenngleich ebenfalls die europäische Industrie benachteiligt wird. Noch ist allerdings nicht eindeutig erkennbar, wie der US-Protektionismus die chinesische Praxis verändert: Die industrie- und technologiepolitischen Programme unterstreichen nach wie vor das chinesische Streben nach technologischer Souveränität; und auch die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen Chinas zu zahlreichen Entwicklungsländern wird grundsätzlich fortgesetzt. Xi Jinping sprach im Jahr 2020 von der Herausbildung einer „dual circulation economy“, in der zwei Kreisläufe koexistieren:

“One realm (‘external circulation’) will remain in contact with the rest of the world, but it will gradually be overshadowed by another one (‘internal circulation’) that will cultivate domestic demand, capital, and ideas. The purpose of dual circulation is to make China more self-reliant.”

(Leonard 2021, S. 153)

3.2 Elemente der europäischen Geostrategie

Die Entwicklung des amerikanisch-chinesischen Konfliktes hat die wirtschaftspolitischen Diskussionen und Entscheidungen im EU-System, in und zwischen den nationalen Regierungen wie auch zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Unternehmen stark beeinflusst. Die EU befindet sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite drängen die USA verstärkt darauf, sich mit ih-

nen gemeinsam – in einer transatlantischen Allianz – gegen China zu positionieren und die operative Reichweite chinesischer Konzerne, insbesondere in den Bereichen der Hoch-Technologie und globalisierungsrelevanter Infrastrukturen, einzuschränken – eine strategische Grundorientierung, die in der EU weithin geteilt wird, sowohl von vielen Menschenrechts- und Datenschutzorganisationen als auch von zahlreichen europäischen Konzernen und Unternehmen (ERT 2021). Auf der anderen Seite sind viele Unternehmen aber ebenso darauf bedacht, die Präsenz im prosperierenden asiatischen Wirtschaftsraum nicht aufzugeben, sondern weiter zu intensivieren und den Zugang zum chinesischen Markt aufrechtzuerhalten. Sofern die transatlantische Kooperation, bedingt durch den US-amerikanischen Druck, eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit China beinhaltet und beträchtliche ökonomische Kosten mit sich bringt, wird sie entsprechend kritisch gesehen.

Die geostrategischen Diskussionen in der EU sind in dieser Konstellation zu verorten. Die Handlungsmöglichkeiten der EU verweisen auf eine gewisse Pfadabhängigkeit, ebenso aber auch auf eine schubweise Stärkung der – für die Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten relevanten – europäischen Gestaltungskapazitäten. Im Zuge des verlängerten Integrationsschubs seit den 1980er Jahren haben sich die Fähigkeiten in der Finanzmarkt- und der internationalen Handelspolitik relativ dynamisch entwickelt (Bieling 2010). Gestützt auf den Euro als einer international anerkannten Währung und auf liberalisierte, zwischenzeitlich sogar weitgehend integrierte Kredit- und Kapitalmärkte ist die EU prinzipiell in der Lage, umfassende finanzielle Ressourcen zu mobilisieren; und durch die Größe des Binnenmarktes und die schon seit längerem vergemeinschaftete Handelspolitik wirkt sie – die bilateralen Handels- und Investitionsabkommen unterstreichen dies – auf den Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelsbarrieren hin. Die EU definiert damit maßgeblich die Konditionen für Investitionen und intellektuelle Eigentumsrechte sowie internationale Normen und Standards (Bradford 2020), die für die – technologische, kommunikative und infrastrukturelle – Vernetzung unterschiedlicher Wirtschaftsräume von grundlegender Bedeutung sind.

3.3 Phasen der europäischen Infrastruktur- und Industriepolitik

Um die Kontrolle über transnationale Wertschöpfungsketten erlangen und verteidigen zu können, ist neben dem finanziellen Potenzial und der handelspolitischen und regulativen Gestaltungsmacht (Normen und Standards) zudem eine eigenständige Technologie- und Infrastrukturpolitik erforderlich (Brunnermeier et al. 2018). Auch in diesen Bereichen ist die EU aktiv geworden. Sehr grob lassen sich drei Entwicklungsphasen unterscheiden: Die erste Phase begann in den 1980er Jahren und war eng ver-

bunden mit der EG-Binnenmarktintegration. So wurde nicht nur versucht, über die Entwicklung gemeinschaftlicher europäischer Agenturen (ESA oder CERN) und Programme (ESPRIT, EUREKA) die „technologische Lücke“ gegenüber den USA und Japan zu schließen. Auf Drängen des transnationalen Kapitals, vor allem des European Round Table of Industrialists (ERT, inzwischen European Round Table for Industry) – dieser hatte mit „Missing Links“ (1984) und „Missing Networks“ (1991) zwei einflussreiche Berichte publiziert –, rückten in den 1990er und 2000er Jahren zudem die Transeuropäischen Netze (TENs) auf die politische Agenda (Balanyá et al. 2000, S. 22). Der Schwerpunkt lag darauf, die Verkehrswege, die Energieversorgung und die Telekommunikation grenzüberschreitend auszubauen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu verbessern. In Ergänzung zur innereuropäischen Vernetzung erstreckte sich die TEN-Strategie auch auf angrenzende Regionen, so vor allem auf die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums, den Westbalkan und die Gebiete der Europäischen Nachbarschaftspolitik, d. h. Osteuropa, den Kaukasus und den mediterranen Raum (Paci 2020). Überdies spielten infrastrukturpolitische Projekte auch im Kontext der Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle (Pascha 2020, S. 11f.).

In der zweiten Phase, die in den 2000er Jahren einsetzte und stark durch den Diskurs über den internationalen Terrorismus, Cyber-Kriminalität und andere Gefahren geprägt war, wurde die hier beschriebene Praxis grundsätzlich fortgesetzt. Zugleich kam es mit Blick auf gesellschaftlich und ökonomisch essenzielle Infrastrukturen zu einer „Versicherheitlichung“ der nationalen und europäischen Politiken. Die Rede über „kritische Infrastrukturen“ (Folkers 2014), die vielfach in den Vordergrund rückte, bringt dies zum Ausdruck. Die Diskussion führte im Jahr 2008 zu einer Richtlinie (Europäische Kommission 2008), in der die besondere Relevanz von grenzüberschreitendem Verkehr, Energieversorgung und informationstechnologisch gestützter Kommunikation hervorgehoben und gleichzeitig Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen definiert wurden, um sich gegen die neuen infrastrukturpolitischen Risiken zu schützen.

Die dritte Phase, die etwa Mitte der 2010er Jahre einsetzte und bis heute andauert, ist durch eine nochmals engere Verknüpfung von industrie- und technologiepolitischen Aktivitäten auf der einen und einer forcierten infrastrukturpolitischen Modernisierung auf der anderen Seite gekennzeichnet (Abels/Bieling 2022). Dies zeigt sich unter anderem in einem verstärkten Fokus auf hoch-technologische Infrastrukturen, so etwa Navigationssysteme (Galileo), den Ausbau der 5G Mobilfunktechnologie oder die Etablierung eines europäischen Cloudsystems (Gaia-X). Zudem haben sich die Europäische Kommission und einflussreiche Mitgliedstaaten, vor allem Deutschland und Frankreich (Altmaier/Le Maire 2019) – mit Unterstützung ihrer großen Wirtschaftsverbände BDI und MEDEF – offensiv der Industriepolitik zugewandt, d. h. der

selektiven Förderung einzelner Wirtschaftszweige oder Unternehmen durch Steuervergünstigungen, Subventionen, Forschungszentren und Forschungsgelder oder eine modernisierte Infrastruktur. Nicht nur nationale oder bilaterale Initiativen, auch europäische Programme (Di Carlo/Schmitz 2023, S. 33f.) verweisen auf einen industriepolitischen Schwenk. Dieser wird materiell zum einen unterfüttert durch die Important Projects of Common European Interest (IPCEI) – die Förderung von Halbleiterindustrie, Batteriezellenproduktion, Wasserstoffenergie, Cloudinfrastruktur oder resilienten pharmazeutischen Wertschöpfungsketten –, im Zuge derer sich zugleich „Industrielle Allianzen“ unter Mitwirkung global orientierter Technologie-Konzerne gebildet haben (ebd., S. 18f.). Zum anderen trägt ebenso die Stärkung der nationalen und europäischen Entwicklungsbanken (Mertens/Thiemann 2018), so auch der European Investment Bank (EIB) oder der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), dazu bei, dass zusätzliche finanzielle Ressourcen für die industrie- und infrastrukturpolitische Modernisierung verfügbar sind. Finanzierungstechnisch bedeutsam waren ab 2015 außerdem der „European Fund for Strategic Investment“ (EFSI), oft auch als „Juncker Fonds“ bezeichnet, sowie die „Connecting Europe Facility“ (CEF), die beide ab 2021 in einem neuen gemeinsamen Fonds „InvestEU“ zusammengeführt wurden.

Im Zeichen der Covid-19-Pandemie ist der hier skizzierte Prozess nochmals forciert worden; unter anderem dadurch, dass sich die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission nicht nur auf eine Mehrjährige Finanzplanung (2021–2027), sondern auch auf den sog. Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ (NGEU) mit insgesamt 750 Mrd. Euro an Zuschüssen und Krediten verständigten, um die Modernisierung der europäischen Ökonomie voranzutreiben. Mindestens 37 % der Mittel sollen im Sinne des „European Green Deal“ für ökologische Nachhaltigkeit, mindestens 20 % für Digitalisierungsprojekte verwendet werden. Dies zeigt, dass die Gründe für die Aufwertung der europäischen Industrie- und Infrastrukturpolitik mehrschichtig sind. Ein erstes Motiv besteht darin, die Prozesse der Deindustrialisierung – vor allem in den südeuropäischen Ländern Italien und Spanien – wenigstens partiell zu korrigieren, um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu stabilisieren und der Legitimationskrise der EU entgegenzuwirken. Zweitens geht es darum, im Kampf gegen den Klimawandel durch einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastrukturen – mit Unterstützung der Klimabewegung und ökologisch orientierter Branchen – spezifische Akzente zu setzen. Dieses zweite Motiv kann zugleich eine gestärkte europäische Eigenständigkeit und „strategische Autonomie“ (Lippert et al. 2019) begründen. Die Fokussierung auf Autonomie speist sich vor allem jedoch – und dies ist das dritte Motiv – aus dem Bestreben, im zugespitzten Konflikt zwischen den USA und China eine eigenständige Position zu beziehen (Lavery/Schmid 2021).

3.4 Strategische Autonomie

Das Konzept der „strategischen Autonomie“, das bereits in Dokumenten des Europäischen Rates oder der „Globalen Strategie“ von 2016 Erwähnung fand, bezieht sich auf sicherheitspolitisch-militärische, ebenso aber auch auf handels-, industrie-, technologie- und infrastrukturpolitische Fragen. Es geht nicht zuletzt darum, europäische Unternehmen vor unfairer Konkurrenz zu schützen, ausländische Direktinvestitionen besser zu kontrollieren, durch ausländische Subventionen erzeugte Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu unterbinden und die Abhängigkeit und Verwundbarkeit der EU zu reduzieren (Schwarzer 2021, S. 25). So betrachtet ist das Konzept der „strategischen Autonomie“ vielfältig anschlussfähig. Es wird in den letzten Jahren verstärkt aufgegriffen und durch flankierende Diskurse und Konzepte, etwa das der „digitalen Souveränität“ (Vucic 2021), ergänzt, zugleich aber auch modifiziert. Vor allem diejenigen Akteure, die auf eine Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen setzen – die Exportwirtschaft, die transnationalen Konzerne und die Europäische Kommission –, plädieren vermehrt für eine „offene strategische Autonomie“. Der ERT (2021, S. 13) sieht hierin ein Konzept, das zwei Prinzipien verbindet: zum einen das Prinzip der Offenheit für eine enge internationale Vernetzung und Kooperation; und zum anderen das Prinzip, externen Verwundbarkeiten wachsam und strategisch entgegenzutreten. Das Prinzip der Offenheit wird seit dem Regierungswechsel in den USA vor allem auf den transatlantischen Wirtschaftsraum, die OECD-Welt und wirtschaftsliberal orientierte Schwellen- und Entwicklungsländer projiziert. Gegenüber China steht hingegen das Prinzip der proaktiven Vermeidung der eigenen Verwundbarkeit deutlich im Vordergrund. Seitens der EU wird befürchtet, dass chinesische Direktinvestitionen den Zugriff auf sensible Infrastrukturen und Daten ermöglichen und der Kauf europäischer Unternehmen zum Technologietransfer genutzt wird. Dies gilt umso mehr, als die chinesische Politik bestrebt zu sein scheint, die ungleichen handels- und investitionspolitischen Regeln und Praktiken regulativ verstetigen zu wollen (Hackler 2020, S. 257): Sie fordert den freien Zugang zum europäischen Markt, ohne im Gegenzug den chinesischen Markt weiter zu liberalisieren; sie beklagt die Politisierung des Internets in der EU, ohne in der strengen Kontrolle und Zensur in China ein Problem zu sehen; und sie begrüßt abstrakt die europäische Einheit, unterläuft diese in der alltäglichen Praxis aber immer wieder durch Sonderkonditionen für einzelne Mitgliedstaaten.

Viele Aktivitäten der EU zielen darauf, China zur Abkehr von derartigen Praktiken zu veranlassen und die asymmetrisch organisierten Handels- und Investitionsbedingungen zu korrigieren. Zu erwähnen sind in diesem Kontext vor allem drei Prozesse: Erstens wird auf dem Gebiet der Konnektivitätspolitik die BRI zunehmend kritisch gesehen. Unter Mitwirkung von Banken und Un-

ternehmen, also gestützt auf Public-Private Partnerships (PPPs), versucht die EU, deren Wirkungskreis durch Alternativ-Projekte einzuschränken, etwa durch die auf den indo-pazifischen Raum zielende Konnektivitätsinitiative (European Commission – High Representative 2018) oder „Global Gateway“ (European Commission 2021). Zweitens ist in der EU inzwischen ein Verfahren des Investitions-Screenings etabliert worden, im Rahmen dessen die Mitgliedstaaten den externen chinesischen Zugriff auf europäische Wertschöpfungsketten und Praktiken eines unkontrollierten Technologie-Transfers verhindern sollen (Hackler 2020, S. 253f.). Und drittens sind einige Mitgliedstaaten der EU – gedrängt durch die USA – bestrebt, kritische Infrastrukturen gegen mögliche Risiken einer externen Überwachung und Datensicherheit besonders zu schützen. Nicht zuletzt geht es in der internationalen Technologie-Konkurrenz darum, Huawei aus dem europäischen Markt für den 5G-Mobilfunk hinauszudrängen (Tekir 2020).

Eingebettet sind all diese Aktivitäten in eine China-Strategie, die die Europäische Kommission seit 2016 entwickelt und im Jahr 2019 nochmals überarbeitet und schärfer konturiert hat. Die Grundorientierung dieser Strategie lautet wie folgt:

„China ist in verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss, sowie zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung und ein Systemrival, der alternative Governance-Modelle propagiert. Dies erfordert einen flexiblen und pragmatischen EU-Gesamtansatz, der eine grundsätzliche Verteidigung von Interessen und Werten ermöglicht.“

(Europäische Kommission 2019, S. 1)

Die Rede von der „Systemrivalität“ ist in China auf wenig Gegenliebe gestoßen, zumal die Formulierung signalisiert, dass die Haltung der EU gegenüber China in den letzten Jahren kritischer und unnachgiebiger geworden ist. Die angesprochenen Prozesse und Konfliktfelder – etwa das Investitions-Screening, die informationstechnologische Konkurrenz und potenzielle Überwachung (Datenschutz) oder der Umgang mit der BRI – unterstreichen dies. Hinzu kommt die scharfe Kritik, die die EU, insbesondere das Europäische Parlament, angesichts der Missachtung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit China entgegenbringt. Diese Kritik wird auch in politökonomische Aushandlungsprozesse eingebracht; bis hin zu dem Punkt, dass das bereits ausgehandelte China-EU-Investitionsabkommen durch das Europäische Parlament vorerst ausgesetzt worden ist.

4 Ausblick: Globale Wertschöpfungsketten aus der Perspektive der EU

Die dargestellten Prozesse verdeutlichen, dass nicht nur die USA und China auf den Wandel der Weltordnung geoökonomisch und geopolitisch einwirken. Auch die EU hat ihre strategische Ausrichtung und politische Praxis geoökonomisch – in manchen Fragen auch geopolitisch – neu definiert. Das bisherige Selbstverständnis der EU als einer Handels- und Zivilmacht oder „normative power“ (Manners 2002) wird damit nicht einfach hinfällig. Es zeigt sich in den Anstrengungen, die Globalisierung der Handels-, Investitions- und Kreditbeziehungen durch ausgehandelte Arrangements – Verträge und Abkommen – voranzutreiben; und hierbei gemäß dem Leitbild der „Good Governance“ auch nicht-ökonomische Themen – Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Minderheitenschutz, Kampf gegen Korruption oder für ökologische Nachhaltigkeit – in die Liberalisierungsagenda einzubringen.

Diese Grundorientierung ist nach wie vor vorhanden. Zugleich ist aber nicht zu übersehen, dass in der Reorganisation der „spatio-temporal fixes“ (Harvey 2003) die bisherige wirtschaftspolitische Praxis erweitert und geoökonomisch „aufgeladen“ wird. Sie wird insofern erweitert, als die EU über den Bereich der Handels- und Investitionsschutzpolitik hinaus vermehrt industrie-, technologie- und infrastrukturpolitische Ressourcen mobilisiert – wobei sich die Unternehmen selbst unterschiedlich, also markoliberal, pragmatisch oder patriotisch, positionieren (Moraes/Wigell 2022, S. 44ff.); und sie wird insofern geoökonomisch „aufgeladen“, als in diesem Prozess die Stabilität und Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten einen sehr viel höheren Stellenwert als noch vor Jahren einnimmt. Im Bereich der Handels- und Investitionspolitik werden z. B. die verfügbaren Instrumente vermehrt strategisch eingesetzt. Hiermit ist nicht nur gemeint, dass durch Sanktionen das politische Wohlergehen missliebiger Regierungen erreicht werden soll. Noch wichtiger ist es, andere Märkte für europäische Exporte oder Investitionen zu öffnen (Meunier/Nikolaidis 2019). Auch die bilateralen Investitions- und Handelsabkommen – etwa mit Japan, Südkorea, Singapur, Vietnam oder Canada (CETA) – und die intensivierte Kooperation mit dem MERCOSUR und ASEAN dienen diesem Ziel. Zugleich werden auf diesem Wege technische und administrative Standards und Normen definiert, die im Sinne der europäischen Konzerne über die einzelnen Abkommen hinaus auf andere Länder ausstrahlen.

In den Handels- und Investitionsabkommen steht die horizontale, sektorenübergreifende Öffnung der Wirtschaftsräume im Vordergrund, wenngleich für einzelne Sektoren spezifische Bestimmungen definiert werden. In der Industrie- und Technologiepolitik verhält es sich genau andersherum (Staab/Piétron 2020). Hier zielen die meisten Programme explizit darauf, einzelne – mutmaßlich zukunftsfähige und für die europäische Ökonomie und Gesellschaft besonders zentrale – Sektoren oder Unternehmen in der globalen Konkurrenz zu stärken: angefangen bei der Elektromobilität, der Wasserstofftechnologie oder einem eigenständigen Cloud-System (Gaia-X) über die Förderung pharmazeutischer oder informationstechnologischer Konzerne oder nachhaltiger Energien bis hin zum Aufbau einer eigenen Halbleiterindustrie. Industriepolitische Strategien basieren maßgeblich auf der Intervention – supranationaler, nationaler oder regionaler – staatlicher Akteure in die Operationsweise der ka-

pitalistischen Ökonomie, z. B. durch spezifisch zugeschnittene regulative Vorgaben oder Förderprogramme. Sie sind damit strukturell politisiert; und sie werden dies – hierauf deuten die vorangegangenen Ausführungen hin – umso mehr, wie sie im Zeichen der globalen Rivalität und damit verbundener geoökonomischer Erwägungen stehen.

Dies gilt auch für die von der EU verfolgte Infrastruktur- und Konnektivitätspolitik; zumindest für diejenigen Aktivitäten, die die globalisierungsrelevanten Infrastrukturen stärken und kontrollieren, um die europäischen Unternehmen bei der Entwicklung transnationaler Wertschöpfungsketten zu unterstützen. Die „Weaponization“-Debatte bringt zum Ausdruck, dass einige dieser Infrastrukturen – so etwa Pipelines (Nord-Stream 2), SWIFT oder das Internet – in der jüngeren Vergangenheit wiederholt als „Waffe“ eingesetzt worden sind, um Druck auf andere Staaten und Unternehmen auszuüben. Die EU scheint sich derartigen Prozessen nicht entziehen zu können. Sie wird zum Teil gedrängt – etwa von den USA oder potenziell China –, erkennt aber selbst auch die Möglichkeit, infrastrukturpolitisch Druck auf andere Länder aufzubauen. In diesem Sinne strebt sie mit Unterstützung der betroffenen Industriezweige danach, ihre eigene Position zu stärken; unter anderem durch die Konnektivitätsinitiative, die auf den indo-pazifischen Raum zielt, oder zuletzt durch „Global Gateway“.

Die stärker geoökonomisch orientierte und machtbewusste Denkweise der EU kann Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – ein Feld, in dem die Mitgliedstaaten über beträchtliche Ressourcen verfügen – mit einschließen; und möglicherweise verleiht der weitere Verlauf des Nato-Russland-Konflikts dem Aufbau stärker integrierter EU-Kapazitäten einen nochmaligen Schub. Doch auch ohne dies dürfte sich das geostrategische Profil der EU in den kommenden Jahren weiter ausprägen. Der strukturelle Grund liegt im prekären Charakter der Globalisierung und der transnationalen Wertschöpfungsketten, die im Zentrum der europäischen Handels- und Investitionsinteressen stehen. Doch damit nicht genug: Selbst den Initiativen für einen sozialintegrativen, demokratischen und ökologisch nachhaltigen Umbau von Produktion und Infrastrukturen – die klima- und energiepolitischen Förderpakete stehen vermehrt im Zeichen eines „security-sustainability nexus“ (vgl. hierzu Riofrancos 2023) – fällt es schwer, sich der geoökonomischen „Aufladung“ der EU-Wirtschaftspolitik zu entziehen. ■

LITERATUR

- Abels, J. / Bieling, H.-J.** (2022): Jenseits des Marktliberalismus? Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik im Zeichen neuer globaler Rivalitäten, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 52 (3), S. 429–449
- Altmaier, P. / Le Maire, B.** (2019): A Franco-German Manifesto for a European Industrial Policy Fit for the 21st Century, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/F/franco-german-manifesto-for-a-european-industrial-policy.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Zugriff: 03.02.2023)
- Babić, M. / Dixon, A. D. / Liu, I. T.** (2022): Geoeconomics in a Changing Global Order, in: Dies. (Hrsg.): The Political Economy of Geoeconomics: Europe in a Changing World, Cham, S. 1–27
- Balanyá, B. / Doherty, A. / Hoedeman, O. / Ma'anit, A. / Wesselius, E.** (2000): Europe Inc. Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power, London
- Biden, J. R. Jr.** (2020): Why America Must Lead Again: Rescuing U. S. Foreign Policy after Trump, in: Foreign Affairs 99 (2), S. 64–76
- Bieling, H.-J.** (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden

- Bieling, H.-J.** (2019): Globalisierungskonflikte: Die strategische Positionierung und Rolle der EU in der neuen Triade-Konkurrenz, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (1), S. 59–78
- Bieling, H.-J. / Grosse Hüttmann, M.** (Hrsg.) (2015): Europäische Staatlichkeit, Wiesbaden
- Borell, J.** (2020): Die Sprache der Macht, in: Internationale Politik und Gesellschaft, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-sprache-der-macht-4069> (letzter Zugriff: 03.02.2023)
- Bradford, A.** (2020): The Brussels Effect. How the European Union Rules the World, Oxford
- Brunnermeier, M. / Doshi, R. / James, H.** (2018): Beijing's Bismarckian Ghosts. How Great Powers Compete Economically, in: The Washington Quarterly 41 (3), S. 161–176
- Bundesministerium der Verteidigung** (2006): Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, http://archives.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr/2008/IMG/pdf/weissbuch_2006.pdf (letzter Zugriff: 03.02.2023)
- Capie, D. / Hamilton-Hart, N. / Young, J.** (2020): The Economics-Security Nexus in the US-China Trade Conflict. Decoupling Dilemmas, in: Policy Quarterly 16 (4), S. 27–35
- ERT (European Round Table for Industry)** (2021): Making Open Strategic Autonomy Work – European Trade in a Geopolitical World, Brüssel, <https://ert.eu/wp-content/uploads/2021/09/ERT-Making-Open-Strategic-Autonomy-work-European-Trade-in-a-Geopolitical-World-July-2021.pdf> (letzter Zugriff: 03.02.2023)
- Europäische Kommission** (2019): EU-China – Strategische Perspektiven, JOIN(2019) 5 final, Straßburg
- Europäische Kommission** (2008): Richtlinie über die Ermittlung und Ausweisung europäischer kritischer Infrastrukturen und die Bewertung der Notwendigkeit, ihren Schutz zu verbessern, Richtlinie 2008/114/EG des Rates vom 8. Dezember 2008, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 345, S. 75–82
- Europäische Kommission – Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik** (2021): Global Gateway, JOIN(2021) 30 final, Brüssel
- Europäische Kommission – Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik** (2018): Connecting Europe and Asia: Building Blocks for an EU Strategy, JOIN(2018) 31 final, Brüssel
- Di Carlo, D. / Schmitz, L.** (2023): Europe First? The Rise of EU Industrial Policy Promoting and Protecting the Single Market, in: Journal of European Public Policy, DOI: 10.1080/13501763.2023.2202684
- Farrell, H. / Newman, A. L.** (2019): Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion, in: International Security 44 (1), S. 42–79
- Folkers, A.** (2014): „Kritische Infrastruktur“, in: Marquardt, N. / Schreiber, V. (Hrsg.): Ortsregister. Ein Glossar zu Räumen der Gegenwart, Bielefeld, S. 154–159
- Gjesvik, L.** (2023): Private Infrastructure in Weaponized Interdependence, in: Review of International Political Economy 30 (2), S. 722–746
- Godehardt, N.** (2020): Wie China Weltpolitik formt. Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping. Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP Studie 19, Berlin
- Hackler, M.** (2020): Rapprochement Amid Readjustment: How China Sees Issues and Trends in its Changing Relationship with the EU, in: Asia Europe Journal 18, S. 251–258
- Harvey, D.** (2003): The New Imperialism, Oxford
- Hung, H.-F.** (2022): Clash of Empires: From 'Chimerica' to the 'New Cold War', Cambridge
- Lavery, D. / Schmid, S.** (2021): European Integration and the New Global Disorder, in: Journal of Common Market Studies 59 (5), S. 1322–1338
- Leonard, M.** (2021): The Age of Unpeace. How Connectivity Causes Conflict, London
- von der Leyen, U.** (2019): Rede der gewählten Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament anlässlich der Debatte zur Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms, Straßburg, den 27. November 2019; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6408 (letzter Zugriff: 03.02.2023)
- Lippert, B. / von Ondarza, N. / Perthes, V.** (2019): Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte. Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Studie 2, Berlin
- Manners, I.** (2002): Normative Power Europe: a Contradiction in Terms?, in: JCMS Journal of Common Market Studies 40 (2), S. 235–258
- Mazzucato, M.** (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München
- Mertens, D. / Thiemann, M.** (2018): Market-based but State-led: The Role of Public Development Banks in Shaping Market-based Finance in the European Union, in: Competition & Change 22 (2), S. 184–204
- Meunier, S. / Nicolaidis, K.** (2019): The Geopoliticization of European Trade and Investment Policy, in: Journal of Common Market Studies 57 (S1), S. 103–113
- Moraes, H. C. / Wigell, M.** (2022): Balancing Dependence: The Quest for Autonomy and the Rise of Corporate Geoeconomics, in: Babić, M. / Dixon, A. D. / Liu, I. T. (Hrsg.): The Political Economy of Geoeconomics: Europe in a Changing World, Cham, S. 29–55
- Paci, S.** (2020): The International Dimension of the EU Infrastructure Strategy, in: Secchi, C. / Belladonna, A. (Hrsg.): Infrastructure in a Changing World. Trends and Challenges, Mailand, S. 93–102
- Pascha, W.** (2020): Belts, Roads, and Regions: The Dynamics of Chinese and Japanese Infrastructure Initiatives and Europe's Responses. Asian Development Bank Institute: ADBI Working Paper 1114, Tokio
- Riofrancos, T.** (2023): The Security-Sustainability Nexus: Lithium Onshoring in the Global North, in: Global Environmental Politics 23 (1), S. 20–41
- Rühlig, T. N. / ten Brink, T.** (2021): The Externalization of China's Technical Standardization Approach, in: Development and Change 52 (5), S. 1196–1221
- Scherrer, C.** (1999): Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA, Berlin
- Schmalz, S. / Gräf, H. / Köncke, P. / Schneidmesser, L.** (2022): Umkämpfte Globalisierung: Amerikanische und europäische Reaktionen auf Chinas Aufstieg im Hochtechnologiebereich, in: Berliner Journal für Soziologie 32 (3), S. 427–454
- Schwarzer, D.** (2021): Europas geopolitischer Moment, in: Internationale Politik 76 (1), S. 18–25
- Staab, P. / Piétron, D.** (2020): Industriepolitik im Zeitalter künstlicher Intelligenz. Zur Renaissance interventionistischer Staatlichkeit, in: Behemoth. A Journal on Civilisation 13 (1), S. 23–34
- Tekir, G.** (2020): Huawei, 5G Networks, and Digital Geopolitics, in: International Journal of Politics and Security 2 (4), S. 113–135
- Tooze, A.** (2018): Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, München
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)** (2013): World Investment Report 2013: Global Value Chains: Investment and Trade for Development, New York / Genf
- Vucic, M.** (2021): European Union's Quest for Digital Sovereignty. Policy Continuities and Strategic Innovations, in: Zakic, K. / Demirtas, B. (Hrsg.): Europe in Changes. The Old Continent at a New Crossroads, Belgrad, S. 99–115
- Wissel, J.** (2015): Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster

AUTOR

HANS-JÜRGEN BIELING, Dr. phil., Professor für Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Arbeits- und Sozialpolitik.

 hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de